

Stellungnahme zu einem Antrag öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	10.09.2012
Finanzausschuss	17.09.2012

Konsolidierungsmaßnahmen Personal durch Verzicht auf die Ausbildung in marktgängigen Berufen und den Abbau von Overhead bei bürgerfernen Diensten

Die CDU-Fraktion hat in der Sitzung des Finanzausschusses vom 18.06.2012 einen Änderungs- bzw. Zusatzantrag (AN/1021/2012) gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates gestellt.

In Anlage 1 des Antrages wird unter anderem vorgeschlagen:

- Reduzierung der Ausbildungsleistung um rund 975.000€/a.
- Reduzierung der Dezernatsbüros auf Grundform (Sekretariat, Fahrer, Referent/Co-Referent). Abbau von Stellen in Stabs- und Geschäftsstellen, Büros und Referaten der Verwaltung (ca. 230 Stellen und 17,9 Mio. € Sach- und Personalkosten) in den Bereichen Gleichstellung und Rechtsberatung sowie im interkulturellen Referat und im Referat für Lesben, Schwule und Transgender.

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschluss nicht förmlich zu fassen. Aus der im Folgenden dargestellten Reduzierung der Ausbildung ergibt sich für das Jahr 2012 ein Einsparvolumen in Höhe von 1,4 Mio Euro. Für 2012 wurden 7,3 Mio Euro veranschlagt. Die Ausgaben werden sich auf 5,9 Mio Euro belaufen.

A) Ausbildung

1. Sachstand

1.1 Entwicklung der Ausbildungsquote

Der Rat der Stadt Köln hat am 04.04.2006 den Beschluss gefasst, ab 2007 eine Ausbildungsquote von 6% zu erfüllen. Diese politische Vorgabe ist bislang und derzeit bindend.

Die Quote wurde erstmals 2011 mit 5,31 % nicht erreicht.

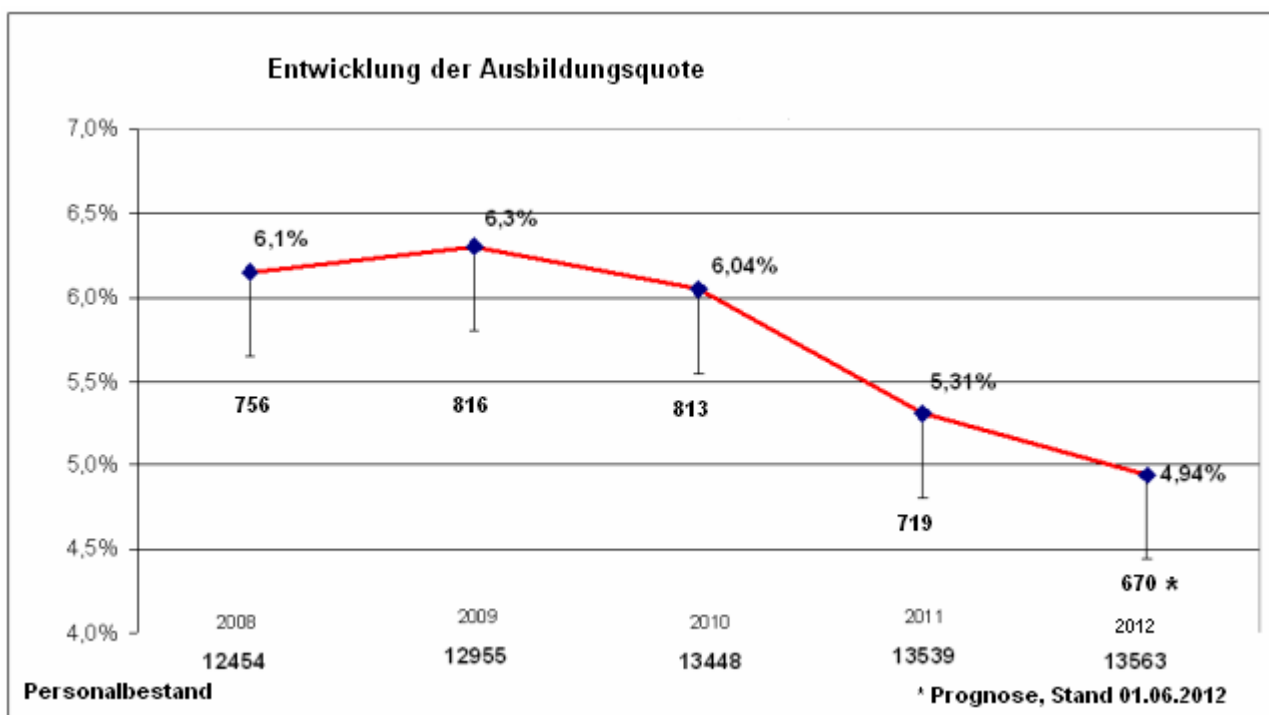
Die Tatsache, dass in 2011 die 6 %-Quote nicht erfüllt wurde, hat rechnerisch Folgewirkung auf die Quote der kommenden Jahre. Der Ausbildungsquote liegt nicht der jeweils aktuelle Einstellungsjahrgang alleine zu Grunde, sondern es werden alle im betreffenden Jahr in Ausbildung befindlichen Nachwuchskräfte der Gesamtzahl aller städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber gestellt. Um diesem Effekt entgegen zu wirken, muss die Verwaltung in den folgenden Jahren noch mehr Nachwuchskräfte einstellen, als ursprünglich geplant.

Für das Jahr 2012 hatte die Verwaltung eine Steigerung der Ausbildungsquote angestrebt. 2013 sollte die 6%-Quote wieder erreicht und wegen des Doppelabiturjahrgangs übertroffen werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich jedoch ab, dass es trotz aller Bemühungen kaum möglich sein wird, diese Ziele zu erreichen.

Die dazu geplanten Einstellungen sowohl bei der Berufsfeuerwehr als auch bei den Erzieherpraktikantinnen und -praktikanten konnten auch im zweiten Jahr in Folge nicht erreicht werden. Gleichzeitig hat der Personalbestand eine leichte Steigerung erfahren.

1.2 Übersicht 2008 -2012*

Nach einer aktuell erstellten Prognose wird das Ziel, die Quote in 2012 im Vergleich zum Vorjahr zu steigern, voraussichtlich nicht erreicht. Derzeit ergibt eine Hochrechnung für das Jahr 2012 (Stand 01.06.2012) eine Ausbildungsquote von 4,94 %. Das bedeutet, dass sich zum Stichtag 31.12.2012 laut Prognose ca. 670 Nachwuchskräfte bei der Stadt Köln in Ausbildung befinden werden.



1.3 Ausblick 2013

Für 2013 kommt verschärfend hinzu, dass die Berufsfeuerwehr bereits durch die unerwartet positive Fluktuationsentwicklung neue Ausbildungsaktivitäten zurückfahren und gegebenenfalls ganz aussetzen wird. In 2012 stellte die Berufsfeuerwehr ihr Dienstplanmodell im Rettungsdienst aus arbeitschutzrechtlichen Gründen von 24-Stunden Schichten auf 12-Stunden Schichten um. Aufgrund der daraus resultierenden Verdoppelung der Schichtdienste, prognostizierten alle Beteiligten eine hohe Abwanderung von Berufsfeuerwehrbeamten. Diese hat sich jedoch nicht eingestellt.

Neben den dargestellten Problemen sind zudem die Ausbildungskapazitäten der in Frage kommenden Dienststellen begrenzt. Hinzu kommt ein sich abzeichnender Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern in einigen Berufsbildern.

1.4 Notwendige Maßnahmen

Die Verwaltung ist dennoch nach wie vor bemüht, durch gezielte Maßnahmen gegenzusteuern.

So wird das überaus erfolgreiche Qualifizierungsprojekt für junge Menschen mit Migrationshintergrund im Dezember 2012 mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zusätzlich aufgelegt.

<http://www.stadt-koeln.de/1/verwaltung/ausbildung/10411/>

Wegen des gerade im Bereich der Informationstechnologie sich verschärfenden Fachkräftemangels wurden die Planzahlen für IT-Auszubildende verdoppelt.

Ebenfalls eingeleitet wurden Maßnahmen zur Ausweitung der Ausbildungskapazitäten in den Dienststellen. Dazu gehören:

- Anreizsystem für Ausbilderinnen und Ausbilder
- Qualifizierung der Ausbilderinnen und Ausbilder
- bessere räumliche Bedingungen / bessere Ausstattung
- Akquise zusätzlicher Ausbildungsstellen bei den Dienststellen

Weiterhin prüft die Verwaltung, ob neue Berufsbilder im Jahr 2013 implementiert werden können. Dazu gehören aktuell denkbare Ausbildungs- bzw. Studiengänge in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Veranstaltungsmanagement und Bauingenieurwesen/Bauzeichner.

Unter der Voraussetzung, dass die Maßnahmen greifen, könnten die Einstellungszahlen im Verwaltungsbereich und insbesondere im gehobenen Dienst erweitert werden. Damit wäre der demographischen Entwicklung und dem daraus einhergehenden Fachkräftemangel sowie dem doppelten Abiturjahrgang Rechnung getragen.

Unter finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten bleibt festzustellen, dass aus dem Nichterreichen der Quote jetzt zum zweiten Male bereits faktisch eine Kostenreduzierung resultiert.

2. Ausbildung im marktgängigen Bereich

2.1 Ausgangslage

Die Verwaltung bildet außerhalb der klassischen Verwaltungsberufe in zahlreichen verschiedenen Berufsbildern aus, die unter dem Oberbegriff „marktgängig“ zusammengefasst werden. Bereits seit 2011 hat die Verwaltung die Ausbildungsaktivität in den Berufsbildern eingestellt, in denen weder eine Refinanzierung gegeben noch eine Übernahme bei der Stadt Köln oder dem Verbundpartner möglich ist.

Innerhalb der marktgängigen Berufsbilder befinden sich aber auch solche mit Personalgewinnungsschwierigkeiten. Eine Reduzierung der Ausbildungsaktivitäten wäre in diesen Berufsbildern kontraproduktiv.

So dient die Ausbildung z.B. für die Berufsbilder

- Wirtschaftsinformatikerin bzw. Wirtschaftsinformatiker (Bachelor of Science)
- Servicekraft für Dialogmarketing
- Gärtnerin bzw. Gärtner
- Stadtvermessungsoberinspektoranwärterin bzw. -anwärterin

letztlich dazu, aktuell und perspektivisch vorhandene Personalbedarfe durch eigene Nachwuchskräfte zu decken.

In 2011 konnten in marktgängigen Bereichen 49 % der Auszubildenden übernommen werden. Bei den verbleibenden 51 % schloss sich mit Unterstützung der Stadt eine Festanstellung bei einem anderen Arbeitgeber, ein Studium oder eine weitere Ausbildung an.

Übernahmen im marktgängigen Bereich			
Prüfungsjahr	ausgebildet	übernommen	Übernahmequote
2007	29	15	52%
2008	20	7	35%
2009	82	40	49%
2010	109	40	37%
2011	80	39	49%
2012	82	39	48%
<i>Gesamt</i>	<i>402</i>	<i>180</i>	<i>45%</i>

2.2 Auswirkungen beim Verzicht auf die Ausbildung im marktgängigen Bereich

Der Antrag sieht eine Einsparung in Höhe von 975.000 € vor. Bei 13.500 € durchschnittlicher Jahrespersonalkosten für einen Auszubildenden im marktgängigen Bereich entspricht diese Summe 72 Nachwuchskräften.

Dies hätte aktuell ein Absinken der Quote um einen weiteren halben Prozentpunkt zur Folge.

Bei der derzeit geltenden, bindenden 6%-Quote wäre die Verwaltung verpflichtet, den Wegfall dieser 72 Nachwuchskräfte dann im Verwaltungsbereich - auch über den vorhandenen Bedarf hinaus - zu kompensieren.

Neben infrastrukturellen Problemen würde eine Verlagerung der Ausbildung in den Verwaltungsbereich jedoch eine neue Problematik nach sich ziehen. Voraussichtlich kann eine solch hohe Anzahl an Nachwuchskräften im Verwaltungsbereich nicht übernommen werden. Die Verwaltungsauszubildenden werden zielgerichtet für den öffentlichen Dienst ausgebildet. Es gibt kaum Chancen einer Beschäftigung in der freien Wirtschaft. Andere Einstellungsbehörden decken ihre Bedarfe in der Regel durch den eigenen Nachwuchs. Die angestrebte Aufgabenreduzierung und die notwendigen Sparmaßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung Köln würden sich hier auch noch einmal verschärfend auswirken.

Fazit:

Eine Reduzierung der Ausbildungsleistung im marktgängigen Bereich bedeutet bei Beibehaltung der 6 % Quote zwangsläufig eine Verlagerung in den klassischen Verwaltungsbereich mit den geschilderten Konsequenzen. Finanzmittel werden hierdurch nicht eingespart. Zudem resultiert aus der Nichterfüllung der 6 % Quote bereits eine Kostenreduzierung.

B) Reduzierung der Dezernatsbüros:

Die Ausstattung der Dezernatsbüros bzw. die Einrichtung von Stabsstellen unterliegt der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters und ist der derzeitigen Aufgabenstellung der Dezernate angemessen. Stabs- und Geschäftsstellen werden aus reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten eingerichtet. Eine Reduzierung der Stellenausstattung der Dezernatsbüros kann angesichts der bevorstehenden Aufgaben insbesondere im Zuge der Haushaltskonsolidierung/des Aufgabenabbaus nicht befürwortet werden.

gez. Kahlen